

VIVANT-Fraktion

Plenarsitzung vom 20.6.2005: Stellungnahme zur EU-Verfassung

Zu allererst dieses: Nach meinem Verständnis hat unser Parlament hier und heute keine moralische Legitimation über die Annahme der EU-Verfassung zu beschließen. Oh ja, alles ist legal, alles verläuft nach den Buchstaben des Gesetzes. Aber dieser Verfassungstext würde so schwerwiegende, negative Folgen für unsere Generation, aber auch für die kommenden Generationen bewirken, dass die Bevölkerung vorher unbedingt intensiv und objektiv aufgeklärt und befragt werden müsste. Anschließend müsste das Votum der Bevölkerung auch unbedingt befolgt werden!

Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister, hat am vergangenen Donnerstag, dem 16. Juni erklärt, dass eine Neu-Verhandlung des EU-Verfassungstextes unmöglich sei. Eine unglaubliche Arroganz, ja Verachtung der Menschen, angesichts der breiten Nein-Front in Frankreich und in Holland gegen diesen Text! Mit welchem Rechtsanspruch wagt er es überhaupt so etwas zu sagen? Die Antwort steht im Verfassungstext: Mit dem in der Union übergeordneten Recht eines Regierungschefs, Mitglied des Europäischen Rates: Dieser Rat bestimmt zusammen mit dem Ministerrat und der EU-Kommission, vorbei an jeder demokratischen Kontrolle, über die Geschicke der Menschen und der Völker. Das nennt sich Demokratie in Europa! Und warum sagt er das? Weil er seinen Auftrag, ganz im Sinne der Multinationalen Unternehmen und der privaten Bankenzusammenschlüsse, erfüllen muss: diese neo-liberale Bibel soll, möglichst unverändert, zu geltendem Recht werden.

Europa hat heute zwei Gesichter, so wie Janus, römischer Gott des Anfangs und des Endes: Die eine Seite sympathisch, offen, das Europa der Zivilgesellschaft, der Menschen, der Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft, das Europa der Werte und Kulturen. Und die zweite Seite des Gesichtes? Sie ist dunkel, auf die WHO, die NATO und die USA ausgerichtet, die Europäische Union des Europarates, der EU-Kommission und des Ministerrates, das Europa, welches die neo-

liberale, egoistische, individualistische und arrogante Vision der USA zum Leitbild auserkoren hat.

Viele Abgeordneten, auch viele Minister sind sich einig, dass der Text an vielen Stellen und in vielen Bereichen verbessert werden müsste: Warum geschieht das dann nicht sofort?! Warum lässt man die Mitgliedsstaaten diesen verbesserungswürdigen Text noch weiter ratifizieren und verliert unnötig Zeit? Wie ist es nur möglich, dass so viele intelligente und motivierte Frauen und Männer solchermaßen ihre Eigenständigkeit verlieren und sich den egoistischen Zielen einiger weniger unterordnen?

Wer diesen Text objektiv beurteilt, der erkennt, dass praktisch alles für Handel, Wirtschaft und Kapital, also vornehmlich für die internationalen Unternehmen und die privaten Großbanken, und nur ganz wenig für das Sozialwesen, für die Steuerentlastung der Menschen, für die Umwelt und die gerechtere Verteilung mit der dritten Welt getan wird.

Wundert es da, dass bei den letzten Europawahlen beinahe 60% der Wähler nicht zur Wahlurne gegangen sind? Die Menschen haben verstanden, dass sie mit den gewachsenen Strukturen der EU-Organe keine Möglichkeit des Einwirkens, des demokratischen Korrigierens mehr besitzen. Das EU-Parlament bleibt, auch mit der neuen EU-Verfassung, nur ein Feigenblatt für die Mächtigen. Wo ist die Grundvoraussetzung der Demokratie, dass nämlich alle Macht vom Volk, bzw. von seinen gewählten Repräsentanten ausgehen muss?

Vor wenigen Tagen haben alle Haushalte das Faltblatt der Europäischen Kommission: „7 von 10 Belgiern sind für eine Verfassung“ erhalten: Dieser Titel ist absolut typisch für die Hinterhältigkeit der EU-Kommission! 7 von 10 Belgiern sind für eine, aber bestimmt nicht für diese Verfassung! Dann reiht sich in diesem Faltblatt eine Unwahrheit an die andere, ich nenne nur die Stichworte: Die gesamte Zivilgesellschaft hätte bei der Ausarbeitung teilgenommen: Stimmt, aber nur bei Teil 1 und 2, also nur bei 114 von 448 Artikeln. Teil 3 wurde verschlimmert, in letzter Minute dem Konvent vorgelegt und von diesem undiskutiert übernommen. Größeres Gewicht für die nationalen Parlamente, Einsparungen bei

den Verteidigungsaufgaben, demokratischere Union. Diese Aussagen sind grobe Unwahrheiten. Recht für die Bürger neue Initiativen vorzuschlagen: Ja vorschlagen können wir, die Kommission macht aber wie sie will.

Am 15. Juni 2005 hat Valéry Giscard D'Estaing in der Tageszeitung "Le Monde" einen Kommentar zur Meinungskrise in Bezug auf Europa geschrieben. Es ist bezeichnend, dass er den Menschen alle möglichen Einschätzungsfehler zutraut, er traut ihnen aber nicht zu, die inakzeptablen Mängel zu erkennen, in Bezug auf die Grundrechte und auf die Wahrung der Demokratie in Europa!

Wie ist denn die derzeitige Situation für die Menschen in unserer Gesellschaft?

Immer mehr Menschen müssen sich Sorgen machen um ihre Arbeit, ihren Lebensunterhalt, ihre soziale Sicherheit, ihre Gesundheitsfürsorge und ihre Rente.

Die Rechte der Arbeitnehmer werden immer weiter zurückgenommen. Immer mehr landwirtschaftliche Familienbetriebe gehen verloren. Alles wird dem Profit untergeordnet: Grundfreiheiten sind der freie Verkehr von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital in einem freien Markt mit freier und ungehinderter Konkurrenz!

Oh ja, diese Politik ist sehr erfolgreich: Die Gewinne der multinationalen Konzerne und der privaten Banken steigen im Quartalsrhythmus um Millionen bzw. Milliarden Euro. Gemäß neo-liberaler Doktrin müsste es den kleinen Leuten dann doch auch besser und nicht schlechter gehen. Was passiert also mit den Milliarden an Gewinnen? Auf jeden Fall werden sie nicht im eigenen Land re-investiert! Also ist die neo-liberale Doktrin im Zeitalter der Globalisierung gescheitert. Und auch die traditionelle Erfahrung der positiven Wirkung wirtschaftlichen Wachstums ist längst widerlegt. Der EU-Verfassungstext, den Sie hier und heute gutheißen wollen, verfolgt aber weiterhin diese falschen Strategien!

Schon Charles de Gaulle sagte: "Die Wirtschaft, der Markt, kann allein nicht funktionieren. Die armen Teufel würden niemals von den Früchten des wirtschaftlichen Wachstums profitieren, wenn der Staat sich nicht darum kümmern würde."

Europa hat den Auftrag, sein Modell der sozialen Solidarität, der Freiheit, der Gleichheit und Brüderlichkeit in die Welt zu tragen. Angesichts der überragenden Wirtschaftskraft, weit über den USA, Japan, China oder welchem Land oder Kontinent auch immer, trägt Europa auch die größte Verantwortung im Hinblick auf das steigende Nord-Südgefälle.

Mit dieser Verfassung ist das europäische Projekt aber in allergrößter Gefahr. Das Vetorecht, welches Europa seit seiner Gründung gehemmt hat, wurde auch in diesem Verfassungstext beibehalten. Es wird gewünscht von denjenigen, die, so wie Tony Blair, die nur eine europäische Freihandelszone, nicht aber ein politisch starkes, solidarisches und umweltbewusstes Europa wollen.

Über den Vorschlag von drei Mitgliedern des Forums, Philippe Grosjean, Jacques Rabier und Raymond van Ermen, hinaus wäre folgendes Vorgehen denkbar:

1. Beendigung des Ratifizierungsprozesses um die Krisensituation in Europa zu beenden.
2. Erneute Zusammenkunft des Forums um den Text der Verfassung im Hinblick auf eine echte parlamentarische Demokratie, den Erhalt des Sozialwesens und den Umweltschutz zu verbessern und ohne den Teil III des derzeitigen Textes.
3. Übernahme der universalen Charta der Menschenrechte und die Garantie, dass die in einem Mitgliedstaat bereits gelebten Rechte auf keinen Fall unterschritten werden.
4. Ersetzen der Einstimmigkeitsregel durch die qualifizierte Mehrheit bei allen Entscheidungen und
5. Die legislative Gewalt ausschließlich an das EU-Parlament.

Erst wenn diese beiden letzten Bestimmungen im Verfassungstext verankert sind, könnte der Präsident des Europäischen Parlamentes, Josep Borrel Fontelles, auch moralisch berechtigt, das behaupten, was er juristisch nicht abfechtbar in der Ansprache an die europäischen Bürgerinnen und Bürger schreibt, der Verfassungstext würde die demokratischen Wertvorstellungen, auf die sich die Europäische Union gründet, verankern. Auch hier die gleiche Hinterhältigkeit wie im gesamten Text: Die meisten europäischen Mitgliedstaaten kennen eine echte parlamentarische Demokratie, deshalb konnte er sich auch

nicht auf die demokratischen Wertvorstellungen der Länder Europas berufen, sondern nur von der Europäischen Union sprechen: eine klare Irreführung der Leser!

5. Nach entsprechender Abänderung des Textes Durchführung eines gemeinsamen, europäischen Referendums.

Die VIVANT- Fraktion fordert dazu auf, diesen ungenügenden Text zurückzuweisen, damit er neu verhandelt und verbessert wird.

Dr. Joseph Meyer
VIVANT- Fraktion